

Keine Gnade für syrische Asylbewerber

BERN. Die Gewaltexzesse in Syrien nehmen immer schrecklichere Dimensionen an. Doch ungeachtet dessen will das Bundesamt für Migration (BFM) die Gesuche von Asylbewerbern aus Syrien weiterhin «individuell prüfen» – selbst Rückführungen sind nicht tabu.

THOMAS MÜNZEL

Seit Mitte März versucht das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad die andauernden und sich ausweitenden Proteste im Land mit äusserster Brutalität niederzuschlagen. Scharfschützen und Panzer machen dabei weder Halt vor Trauerzügen noch vor Kindern. Laut Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon sind seit Beginn der Demonstrationen gegen die syrische Regierung schon weit über 1000 Demonstranten ums Leben gekommen. Weitere 10000 Menschen seien zudem verhaftet und gefoltert worden.

Angesichts dieser Gewaltexzesse hatte das deutsche Bundesministerium des Innern den Bundesländern bereits am 28. April dieses Jahres mitgeteilt, dass es «bis zur Klärung der Verhältnisse in Syrien nicht ratsam ist, Abschiebungen von abgewiesenen Asylbewerbern ins Herkunftsland vorzunehmen». Ausserdem werde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge «vorläufig keine Asylentscheidungen zum Herkunftsland Syrien treffen».

Das BFM sieht es anders

In der Schweiz hingegen wird die Situation der syrischen Flüchtlinge bis heute ganz anders beurteilt. Wie Michael Glauser, Sprecher des Bundesamtes für Migration (BFM) auf Anfrage erklärt, gibt es hierzulande derzeit weder einen Entscheidungsstopp für Asylbewerber aus Syrien noch eine

Empfehlung an die Kantone, abgewiesene Asylbewerber derzeit nicht auszuschieben. Noch immer prüfe man «jeden Fall individuell», so Glauser.

Der BFM-Sprecher betont jedoch, dass in diesem Jahr noch keine Rückerschaffung eines abgewiesenen Asylbewerbers nach Syrien erfolgt sei. «Die letzte zwangsweise Rückführung eines abgelehnten syrischen Asylsuchenden fand Ende September 2010 statt», erklärt Glauser. Von den 251 Personen aus Syrien, die bis Ende Mai in der

Schweiz ein Asylgesuch eingereicht haben, «kehrten jedoch acht Asylsuchende, deren Gesuch abgelehnt wurde, freiwillig – und unter Inanspruch-

«Wir verfolgen die Situation zunehmend besorgt»



Michael Glauser (BFM)

nahme der gesetzlich vorgesehenen Rückkehrhilfe – nach Syrien zurück», sagt Glauser.

Das BFM beobachte die Situation in Syrien laufend «und mit wachsender Besorgnis», hält Glauser fest. Je nach Entwicklung der Lage vor Ort behalte man sich zudem vor, «zum gegebenen Zeitpunkt die nötigen Schlüsse zu ziehen und geeignete Massnahmen zu treffen».

Amnesty übt scharfe Kritik

Laut Denise Graf von Amnesty International Schweiz ist dieser Zeitpunkt allerdings schon längst da. «Es ist absolut unhaltbar, dass man bei einer derart instabilen und gewaltgeprägten Situation, wie sie in Syrien schon seit Monaten herrscht, offen lässt, ob man abgewiesene Asylbewerber wieder in ihr Herkunftsland zurückschafft

oder nicht.» Zudem fordert Graf die Schweizer Regierung dazu auf, «jenen abgewiesenen Asylbewerbern aus Syrien, die weiterhin nur noch Nothilfe erhalten, den Status des vorläufigen Aufenthaltes zu erteilen». Alles andere sei für die Betroffenen unwürdig und belasse sie in grosser Unsicherheit.

Diese Einschätzung teilt auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH). «Wir erachten die Situation in Syrien nach wie vor als problematisch, besonders angesichts der aktuellen Umwälzungen», sagt SFH-Sprecher Adrian Hauser. «Wir würden daher eine vorläufige Aufnahme nach Prüfung der Asylgründe oder einen Entscheidungsstopp sehr begrüssen.»

Rechte gegen Ausschaffung von Konvertiten

«Wir wissen es alle», schrieb Nationalrat Andreas Brönimann (EDU, BE) in einer einfachen Anfrage im März dieses Jahres an den Bundesrat, «wenn ein Mensch vom Islam zum Christentum konvertiert, bedeutet dies in einem islamischen Staat Verfolgung, Folter und Tod. Warum wird die Familie Hassu-Abdulkader trotzdem nach Syrien ausgeschafft?» Zu den Mitunterzeichnern der Anfrage gehörten auch Lukas Reimann (SVP, SG), Theophil Pfister (SVP, SG) und Erich von Siebenthal (SVP, BE).

Der Bundesrat bat die Fragesteller damals um Verständnis, dass er nicht näher auf diesen Einzelfall eingehen könne, da die betreffende kurdische

Familie – welche sich seit geraumer Zeit zum christlichen Glauben bekennt – erst vor Kurzem ein viertes Asylgesuch eingereicht habe. «Das Bundesamt für Migration (BfM) wird auch dieses vierte Gesuch sorgfältig prüfen», erklärte Bundesrätin Simonetta Sommaruga.

Doch wie sich das BfM in diesem Fall auch immer entscheiden wird: Tatsache ist, dass die Schweizer Asylpraxis gerade in Bezug auf Personen aus Syrien in den letzten Jahren nicht gerade einheitlich war. Dies zeigt sich auch anhand der Anerkennungsquote, die bei syrischen Asylbewerbern in den letzten 15 Jahren zwischen 3,4 und 34,4 Prozent schwankte. Beson-

ders restriktiv ist die Wegweisungspraxis seit April 2008.

Zumutbar oder unzumutbar?

Waren in den Jahren zuvor vor allem Kurden sowie Deserteure und illegal Ausgereiste «wegen Unzumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs in der Schweiz» vorläufig aufgenommen worden, so erachtete man dies vor drei Jahren «aufgrund neuester Erkenntnisse zur Lage in Syrien» plötzlich wieder als zumutbar.

Menschenrechtsorganisationen im In- und Ausland weisen allerdings seit jeher darauf hin, dass nach Syrien ausgeschaffte Personen nicht selten bereits auf dem Flughafen verhaftet

und in Gefängnisse überführt werden. Laut Amnesty International gibt es zwar Anzeichen, dass insbesondere Kurden, die nicht politisch tätig gewesen seien, bei ihrer Ankunft in Syrien weniger Repressalien erleiden müssen als früher. «Dennoch erhält Amnesty International laufend Informationen über schwere Menschenrechtsverletzungen gegenüber Kurden», sagt Denise Graf von Amnesty International Schweiz. «Die Schweiz sollte sich deshalb die Frage stellen, ob es wirklich opportun ist, staatenlose Menschen in ein Land abzuschicken, in dem sie keinerlei Rechte haben. Solche Wegweisungen verletzen internationales Recht.» (tm)

NACHGEFRAGT



Ulrike Freitag

Islamwissenschaftlerin, Direktorin Zentrum Moderner Orient, Berlin

«So schnell wie Libyen wird Syrien international nicht stigmatisiert»

Wie schätzen Sie die aktuelle Situation in Syrien ein?

Ulrike Freitag: In Ermangelung überprüfbarer Informationen ist es sehr schwierig, einen Überblick zu erhalten. Es scheint aber, dass an diversen Orten des Landes ausserhalb von Damaskus und Aleppo so etwas wie ein Aufstand im Gange ist. Wer dabei wie agiert und in welchem Umfang, ist aber schwer zu erkennen.

Wer sind die Träger des Aufstands?

Ein wichtiger Träger ist wie an den anderen Schauplätzen des «arabischen Frühlings» die junge Generation. Sie sieht, dass es anderswo gelungen ist, Veränderungen und mehr Mitsprache zu erkämpfen, und sucht wirtschaftliche und politische Perspektiven. Mag sein, dass auch Islamisten beteiligt sind. Gewisse Zusagen des Staats deuten darauf hin, etwa jene, dass nun auch voll verschleierte Frauen unterrichten dürfen.

Warum sind Damaskus und Aleppo weitgehend ruhig geblieben?

Die beiden mit Abstand grössten Städte werden von den Sicherheitskräften stark abgesichert. Zudem pflegt das Regime gute Beziehungen zu Stämmen ausserhalb Aleppos. In der Hauptstadt schliesslich leben viele Menschen, die vom Regime profitieren und sich mit ihm arrangiert haben. Sie haben Angst davor, dass das Land ins Chaos stürzt oder sich in konfessionelle Gruppen aufspaltet wie im Libanon. Auch auf dem Land gibt es Zonen und Dörfer, wo das Regime gut abgestützt ist und eine grosse Bereitschaft besteht, gegen die Aufständischen vorzugehen.

Wo stehen die Kurden?

Zu Beginn gab es auch unter dieser Minderheit (rund 6 Prozent der Bevölkerung) Anzeichen von Rebellion. Was angesichts ihrer Diskriminierung ja nicht erstaunt: Publikationen auf Kurdisch sind verboten, und nicht alle Kurden besitzen die syrische Staatsangehörigkeit. Aber ein zentraler Faktor in der Aufstandsbewegung sind sie momentan nicht.

Im März räumte kaum ein Experte Libyens Diktator Gaddafi noch eine Chance ein – heute ist er noch immer an der Macht. Wie sehen Sie die Zukunft von Präsident Assad?

Zur gleichen Zeit hatte ich von Syriern und Landeskennern gehört, der «arabische Frühling» werde Syrien nicht erreichen. Soviel zu Prognosen. Was Assad betrifft, so scheint er einen Teil der Glaubwürdigkeit verspielt zu haben. Ob das der Beginn seines Endes ist oder ob er es nochmals schafft, den Aufstand mit blutiger Hand niederzuschlagen, ist nicht vorherzusagen. Das hängt ja auch von den Sicherheitskräften ab.

Wie stehen die Chancen für eine internationale Front gegen das Regime?

Ich sehe nicht, dass Syrien so schnell stigmatisiert wird wie Libyen. Es hat gut dreimal mehr Einwohner und ist gut 30-mal dichter besiedelt, es hat nur eine kleine Küstenlinie und ist ein Frontstaat gegen Israel. Alles Faktoren, die eine Intervention erschweren. Kommt hinzu, dass die Europäer insgesamt militärisch schon stark involviert sind und sich wohl keine neue Front mehr leisten wollen. INTERVIEW: PETER GRANWEHR



Syrische Polizisten mit den Särgen getöteter Kameraden, so die offizielle Agentur Sana zu dem von ihr publizierten Foto. Bild: key

Unüberprüfbare Berichte über Tote auf beiden Seiten

In der Kleinstadt Dschir al-Schogur im Nordwesten Syriens bahnt sich eine blutige Konfrontation an: Gemäss dem Nachrichtensender Al-Arabija ist die 4. Brigade der Armee auf dem Weg dorthin, wo am Montag laut dem staatlichen Fernsehen 120 Angehörige der Sicherheitskräfte getötet wurden. Sie seien in der seit Tagen umkämpften Stadt in einen Hinterhalt geraten.

Bei den Angreifern handle es sich um «bewaffnete Banden». Sie hätten Polizei- und Sicherheitskräfte angegriffen, das Postamt gesprengt, Behördengebäude in Brand gesteckt und Leichen verstümmelt. Für den Bericht gab es keine Bestätigung von unabhängiger Seite. Gestern veröffentlichte die staatliche Nachrichtenagentur Sana Bilder vom Begräbnis der Opfer.

Sicherheitskräfte gehen laut Menschenrechtsgruppen seit mehreren Tagen gegen die Protestbewegung in Dschir al-Schogur vor. Seit Samstag seien mindestens 35 Menschen getötet worden. Exil-Oppositionelle sagten, die 120 Angehörigen der Sicherheitskräfte seien von der Armee erschossen worden; sie hätten sich geweigert, auf Zivilisten zu schießen. (sda)